

Große soziale Unterschiede im Rauchverhalten und bei der tabakbedingten Frühsterblichkeit

Das Deutsche Krebsforschungszentrum stellt zum Welt Nichtrauchertag am 31. Mai 2004 seine neueste Publikation zum Motto „Rauchen und Armut“ vor.

Wie in anderen Industrienationen besteht auch in Deutschland eine stark ausgeprägte soziale Polarisierung des Rauchverhaltens: Vor allem Personen mit geringerer Bildung, geringem Einkommen und niedrigerem beruflichen Status wie Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger weisen hohe Raucheranteile auf. In einer neuen Publikation des Deutschen Krebsforschungszentrums wird deutlich, dass der Raucheranteil unter den 18- bis 19-Jährigen mit 64 Prozent bei den Hauptschülern um 25 Prozent höher liegt als bei gleichaltrigen Gymnasiasten.

Große Unterschiede sind auch beim Rauchverhalten zwischen den verschiedenen Berufsgruppen erkennbar: Männer in einfachen manuellen Berufen und Frauen in einfachen Dienstleistungsberufen rauchen im Vergleich zu Personen in anderen Berufsgruppen am häufigsten (bis zu 50 Prozent), dagegen rauchen Gymnasial- und Hochschullehrer sowie Ärztinnen am seltensten (ca. 15 Prozent).

Ein ähnlich deutliches Bild zeigt sich in Bezug auf das durchschnittlich verfügbare Haushaltseinkommen: Während 43 Prozent aller Männer mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von unter 730 Euro pro Monat rauchen, sind dies nur 23 Prozent aller Männer in der höchsten Einkommensgruppe mit 3350 Euro und mehr. Mehr als die Hälfte der Unterschiede in den Sterberaten zwischen niedrigster und höchster sozialer Schicht bei Männern in Industrieländern wird durch das Rauchen verursacht.

Der Tabakkonsum ist nicht nur verantwortlich für eine Vielzahl weit verbreiteter chronischer Krankheiten wie Krebs, Herz-Kreislaufkrankheiten und chronisch obstruktive Bronchitis, sondern auch für beträchtliche Aufwendungen der Privathaushalte. Durchschnittlich 5,5 Prozent des Einkommens wird in deutschen Privathaushalten für Tabakwaren ausgegeben. In einkommensschwachen Gruppen und vor allem bei Alleinerziehenden kann dieser Ausgabenanteil bis zu 20 Prozent betragen.

Das Deutsche Krebsforschungszentrum fordert deshalb die Politik auf, Tabakkontrollmaßnahmen stärker als bisher gezielt auf Personengruppen mit niedrigem Einkommen und geringerer Bildung auszurichten. Die bereits vollzogenen und geplanten Tabaksteuererhöhungen sind geeignet, die sozialen Unterschiede im Tabakkonsum zu verringern, da ärmere Bevölkerungsschichten sensibler als andere auf Preiserhöhungen reagieren. Eine zehnpromtente Steuererhöhung bewirkt einen Rückgang des Konsumverhaltens bei Personen mit Niedrigeinkommen um bis zu 13 Prozent im Vergleich zu 4 Prozent bei der Gesamtbevölkerung. Neben dieser wichtigsten Maßnahme der Personensteuerung sollten sich jedoch auch Beratungs- und Behandlungsmaßnahmen zur Tabakentwöhnung und massenmediale Kommunikationsstrategien stärker als bisher an sozial benachteiligte Bevölkerungsschichten wenden. Ferner ist dringend ein umfassendes Tabakwerbeverbot umzusetzen, da Werbung und Marketing für Tabakprodukte einen erheblichen Einfluss auf die Gesamtnachfrage nach Tabakwaren, insbesondere auch für sozial benachteiligte Personen mit Niedrigeinkommen, haben.

Die Publikation „Rauchen und soziale Ungleichheit – Konsequenzen für die Tabakkontrollpolitik“ ist im Deutschen Krebsforschungszentrum direkt zu beziehen unter who-cc@dkfz.de oder einzusehen unter www.tabakkontrolle.de.

Das Deutsche Krebsforschungszentrum hat die Aufgabe, die Mechanismen der Krebsentstehung systematisch zu untersuchen und Krebsrisikofaktoren zu erfassen. Die Ergebnisse dieser Grundlagenforschung sollen zu neuen Ansätzen in Vorbeugung, Diagnose und Therapie von Krebserkrankungen führen. Das Zentrum wird zu 90 Prozent vom Bundesministerium für Bildung und Forschung und zu 10 Prozent vom Land Baden-Württemberg finanziert und ist Mitglied in der Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren e.V.

Diese Pressemitteilung ist abrufbar unter www.dkfz.de/pressemitteilungen

Dr. Julia Rautenstrauch
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Deutsches Krebsforschungszentrum
Im Neuenheimer Feld 280
D-69120 Heidelberg
T: +49 6221 42 2854
F: +49 6221 42 2968